Imperialistischer Druck auf Kuba und Brasilien
von Alexander Charlamenko
(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, Moskau, 7. Oktober 2026)

Am 22. September erklärte Präsident Trump von der Tribüne der Vereinten Nationen aus: „Die Vereinigten Staaten sind zurück“, und seien, wie er hinzufügte, „stärker denn je“. Indem er Seinen Wunsch als Tatsache ausgebend, versicherte der Präsident: „Unsere Wirtschaft wird von der ganzen Welt beneidet. Unsere Streitkräfte sind die mächtigsten der Welt. Unsere Technologie ist unübertroffen, und wir sind führend praktisch in fast allem.“ Er erklärte, dass die USA „die Welt mit Energie versorgen“ würden – augenscheinlich, weil sie dies anderen gerade mit militärischer Gewalt verwehren. Trumps Fazit: „Unsere Nation wächst, unsere Macht nimmt zu, unser Land fühlt sich besser denn je, und unsere Zukunft ist sehr, sehr vielversprechend.“ Doch nicht etwa deswegen, weil die USA ein Rekordniveau bei der Drogenabhängigkeit verzeichnen und die Zustimmungsrate des Präsidenten auf 32 %, den tiefsten Stand seiner gesamten Karriere gesunken ist?

Von der Tribüne der UNO aus demonstrierte Trump seine Verachtung für deren Charta und das Völkerrecht insgesamt. Zynisch prahlte er, den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro entführt zu haben und sprach den USA das „Recht“ zu, Gewalt gegen jedes Land anzuwenden, das ihrer Ansicht nach nicht ausreichend gegen den sogenannten „Drogenterrorismus“ vorgeht. In erster Linie bezog er das auf Mexiko. Dem Iran drohte er mit Vernichtung, sollten dort nicht die amerikanischen Bedingungen akzeptiert werden.

Einen Großteil seiner Rede widmete Trump Kuba und bezeichnete das Land als „absolut gescheiterten Staat“. Nichts Zynischeres ist vorstellbar aus dem Munde eines Verantwortlichen für die Totalblockade der Insel, der durch Erpressung und Drohungen den Kubanern keinen Tropfen Treibstoff zukommen lässt und sogar die Lieferung humanitärer Hilfe in Form von Lebensmitteln und Medikamenten behindert. Trump machte keinen Hehl aus seinem Ziel – der „fundamentalen Veränderung“ der Machtverhältnisse und der Staatsordnung Kubas. Aus Protest verließ die kubanische Delegation den Sitzungssaal der UN-Generalversammlung. Außenminister B. Rodríguez bezeichnete die Treibstoffblockade als kriegerischen Akt. Präsident M. Díaz-Canel bekräftigte: Kuba werde seine Souveränität entschlossen verteidigen und der Blockade die Stirn bieten.

Am 29. September führte das US-Finanzministerium ein neues Paket antikubanischer Maßnahmen ein. Jahrzehntelang hatte man in Washington versichert, man setze sich für die Freiheit privaten Unternehmertums und für zwischenmenschliche Kontakte ein. Während Washington den staatlichen Wirtschaftssektor der Blockade unterwarf und Staatsangestellten Visa verweigerte, hatte den privaten Sektor ausgenommen. Nun aber verbieten die USA ihren Bürgern jegliche Reisen nach Kuba zu beruflichen Treffen und Konferenzen und beschränken Reisen zu Bildungszwecken auf ein Minimum. US-Banken wurden angewiesen, alle Konten kubanischer Staatsbürger, die als unabhängige Unternehmer im privaten Sektor tätig sind, einzufrieren. Die Maske ist gefallen: Die US-Behörden behindern damit auch alle in Kuba durchgeführten Wirtschaftsreformen. Ziel Washingtons ist es, alle Möglichkeiten zur Umgehung der Blockade zu unterbinden und dem Privatsektor sowohl in Kuba als auch in den USA selbst nur eine einzige „Business“-Perspektive auf der Insel zu überlassen – den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung. Wir

müssen klar erkennen: **Der Druck auf Kuba ist Teil der Gesamtstrategie eines militanten Imperialismus, und vor ihr ist kein Land mehr sicher.**

Am 4. Oktober fand in Brasilien der erste Wahlgang der allgemeinen Wahlen statt, am 25. Oktober steht der zweite bevor. Es handelt sich hierbei nicht um eine gewöhnliche Stimmabgabe, sondern um die Entscheidung zwischen zweierlei Wegen der Entwicklung. Die Gesellschaft hat sich fast zu gleichen Teilen in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite stehen die Partei der Arbeitenden (PT) und ihre Verbündeten. Der Vorsitzende der PT, Luiz Inácio da Silva, im In- und Ausland als Lula bekannt, wurde bereits dreimal zum Präsidenten gewählt. Unter seiner Führung entkam Brasilien der „Geografie des Hungers“: Landlosen wurde Land zugeteilt, Obdachlose bekamen eine Unterkunft, ältere Menschen eine Rente. Der Mindestlohn wurde angehoben, die Arbeitswoche von 6 auf 5 Tage verkürzt und Millionen von Arbeitsplätzen wurden geschaffen. Die Armen wurden von Steuern befreit, Menschen mit bescheidenem Einkommen erhalten Steuererleichterungen. Die arbeitende Bevölkerung bekam Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung. Der Zerstörung der tropischen Regenwälder, als dem Naturerbe des Landes wie der Menschheit – wurde Einhalt geboten. Beendet wurde auch der Völkermord an den indigenen Völkern des Amazonasgebiets.

Am anderen Pol steht die ultrarechte Liberale Partei unter Führung der Familie Bolsonaro, die aus dem Umfeld ehemaliger Plantagenbesitzer stammt, ihrerseits Anhänger der Militärdiktatur von 1964 bis 1985. Jair Bolsonaro sen. war bereits an der Macht, nachdem 2014 die Regierung von Dilma Rousseff gestürzt und Lula unrechtmäßig inhaftiert worden war. Jahre der Reaktion nahmen den Werktätigen bereits viele Rechte und gefährdeten die Souveränität des Landes. Als der Oberste Gerichtshof Lula freisprach und er erneut zum Präsidenten gewählt wurde, erkannte die extreme Rechte den Willen des Volkes nicht an. Wegen versuchten Staatsstreichs wurde Jair Bolsonaro daraufhin vom Obersten Gerichtshof zu 27 Jahren Haft verurteilt. Die Reaktion setzte auf seinen Sohn Flávio. Dieser vertritt ein Programm zum Ausverkauf des staatlichen Wirtschaftssektors, zur Steuersenkung für das Großkapital, zu sozialen Kürzungen und zur Gewährleistung von „Sicherheit“ durch uneingeschränkte polizeiliche Repressionen. Um das Bild zu vervollständigen, sei ergänzt: Flávio selbst ist in Korruptionsskandale verwickelt, gegen ihn läuft eine Ermittlung.

Meinungsumfragen sagten Lula einen Vorsprung voraus, er selbst hoffte auf einen Sieg bereits im ersten Wahlgang.
Am 4. Oktober erhielt Flávio Bolsonaro jedoch 47 %, Lula 45 % der Stimmen. Die Liberale Partei errang in beiden Kammern des Kongresses die relative Mehrheit sowie Gouverneursposten in vielen Bundesstaaten. Besonders stark sind die Ultrarechten im wirtschaftlich entwickelten Süden Brasiliens, einst Wiege der Massengewerkschaften und der PT war. Zum Gouverneur des südlichen Bundesstaates Paraná wurde Sérgio Moro gewählt, vormals Richter: Er war es, der Lula das unrechtmäßige Urteil angehängt hatte.

Wie war das möglich? Analysten nennen dieselben Gründe, wie sie auch für die Niederlagen der linken Kräfte in einer Reihe von Ländern ausschlaggebend waren.
Technologische und soziale Umbrüche führen in den letzten Jahrzehnten zum Rückgang des Gewichts der industriellen Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Unter der Jugend steigt der Anteil der Dienstleistenden und der „Selbstständigen“. Diese Menschen werden zwar vom

Kapital brutal ausgebeutet, betrachten sich jedoch als „unabhängige Unternehmer“ und setzen auf individuellen Erfolg und Bereicherung.
Wie es sich in Brasilien vor Lula lebte, weiß diese Generation nicht mehr. Obwohl sie Gesundheit und Bildung den Reformen der Linken verdanken, verbinden sie mit ihnen nicht ihre Gegenwart und Zukunft. Viele Leute aus diesem Milieu werden zur leichten Beute nichtprotestantischer Sekten, der Bastion der Ultrarechten.

Auf das Wahlergebnis wirkte sich auch die Begrenztheit der Reformen selbst aus. Die Linken in Brasilien hatten nie eine parlamentarische Mehrheit. Sie mussten sich auf Kompromisse mit den einen gegen die anderen rechtsbürgerlichen Parteien stützen. Es gab keine Möglichkeit, den Verwaltungs- und Justizapparat zu reformieren, Institutionen, die vom Volk entfremdet und von Korruption zersetzt sind. Die Ultrarechten schieben Bürokratismus und Korruption stets geschickt der Linken in die Schuhe und stacheln damit die Menschen gegen die sozialistische Idee, ja gegen Staat und Politik überhaupt auf. Das Ergebnis:
In einem Land, in dem die Teilnahme an Wahlen unter Androhung einer Geldstrafe gesetzliche Pflicht ist, erreichte die Zahl der Nichtwählerstimmen am 4. Oktober 2026 einen Rekordwert – über 21 %! Hinzu kommen noch etwa fünf Prozent ungültige oder beschädigte Stimmzettel.
In Anbetracht dessen haben sich wohl die Hoffnungen der Linken auf Programm und Popularität von Lula nicht ganz erfüllt. Ihre Möglichkeiten, um die Wahrheit an breite Bevölkerungsschichten heranzutragen, sind weitaus geringer als die Verdummungsmöglichkeiten durch das System der monopolisierten Massenmedien und der größten sozialen Netzwerke. Die Führer der PT scheinen zu wissen, dass sie die Arbeit in der Basis unterschätzt und zu spät mit ihr begonnen haben; sie haben sich zu sehr auf die Machtvertikale und das Charisma ihres Parteiführers verlassen.

Neben internen Gründen spielte auch Angst vor der offenen Einmischung der USA eine enorme Rolle, die bisher in Brasilien ungewohnt ist. Im Jahr 2025 führte Trump Zölle in Höhe von 50 Prozent auf brasilianische Waren ein und machte für deren Aufhebung die Freilassung von Jair Bolsonaro wie auch die Übergabe der natürlichen Ressourcen und der Computernetzwerke Brasiliens unter die Kontrolle der USA zur Bedingung. Der Bruder des Präsidentschaftskandidaten, Eduardo Bolsonaro, der sich in den USA vor einer Verhaftung versteckt, koordinierte von dort aus die Kampagne für Sanktionen gegen sein Heimatland. Flavio Bolsonaro war sechs Mal in den USA und versprach dort Steuerbefreiungen für Unternehmen sowie den Beitritt Brasiliens zum proamerikanischen Block „The Shield of the Americas“. Trump empfing Flavio im Weißen Haus und bekundete ihm direkt seine Unterstützung.

In den letzten Jahren und Monaten hat sich die internationale Lage Brasiliens zum Schlechten gewendet. In den Nachbarländern, von Argentinien bis Kolumbien, kamen Ultrarechte an die Macht, die mit der Trump-Riege und dem Bolsonaro-Clan verbunden sind. Die Kampagne zur Wahlmanipulation in mehreren Ländern, darunter auch in Brasilien, wurde von Fernando Cerimedo koordiniert, einem ehemaligen Berater des argentinischen Präsidenten Milei. Milei selbst reiste zum Parteitag der Liberalen Partei nach Brasilien, warb für Flávio Bolsonaro und beleidigte Präsident Lula, was zu einer Krise in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern führte. Nun freut er sich genauso unverschämt über die Wahlergebnisse vom 4. Oktober.

Die brasilianischen Ultrarechten forderten die USA in aller Öffentlichkeit dazu auf, mit Lula so abzurechnen wie mit Maduro. Um den Vorwand für eine Einmischung zu schaffen, erklärten die USA mehrere kriminelle Gruppierungen in Brasilien zu „Terrororganisationen“. Anschließend entfesselten sie eine Kampagne gegen den Obersten Gerichtshof Brasiliens. Den Richtern wurden Einreisevisa entzogen, wobei sie der Verbindungen zum organisierten Verbrechen und des Angriffs auf die Demokratie bezichtigt wurden. Die Untergrabung der Autorität des Obersten Gerichtshofs sollte einen Schatten auf den Freispruch von Lula und die Verurteilung von Jair Bolsonaro werfen und die Ermittlungen gegen Flávio behindern.
Auf derselben schwarzen Liste landete auch Roger Mariaca, der Generalstaatsanwalt Boliviens, der den Fall Fernando Cerimedo leitete. Am 30. September, drei Tage nach der Veröffentlichung der Liste und der Rückkehr des bolivianischen Präsidenten Rodrigo Paz aus den USA, wurde der Staatsanwalt ohne Vorlage eines Haftbefehls gewaltsam festgenommen. Gleich nach seiner Festnahme wurde er seines Amtes enthoben und unter dem Vorwurf von „Verbindungen zum Drogenhandel“ inhaftiert, während unter Kontrolle und in Anwesenheit US-amerikanischer und argentinischer „Diplomaten“ sein Nachfolger vom bolivianischen Parlament „gewählt“ wurde. Die direkte Bestechung einiger Abgeordneter durch diese „Diplomaten“ wird selbst innerhalb der Regierungspartei Boliviens nicht verheimlicht.
All dies zeigt den brasilianischen Wählern unmissverständlich: Unter Lula wird sich ein Belagerungsring um das Land zusammenziehen. In den Medien wurde ein vertraulicher Bericht des brasilianischen Geheimdienstes über die Gefahr der Einmischung der USA in den Wahlprozess gestreut, die das Ziel verfolge, die Beziehungen Brasiliens zur VR China zu untergraben. Vor dem 4. Oktober schloss das US-Außenministerium die Konsulate in Brasilien, es berief sich dabei auf die Gefahr von Angriffen auf diplomatische Vertretungen der USA und anderer Länder.
Die brasilianische Polizei fand keine Anzeichen für eine solche Gefahr.
Angesichts des Drucks seitens der USA stellten Lula und seine Partei den Schutz der Souveränität des Landes, sein Recht, Wahlen ohne Einmischung von außen abzuhalten, über seine Bodenschätze zu verfügen und in internationalen Angelegenheiten eine souveräne Linie zu verfolgen, in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfs.
Am 22. September bekräftigte der brasilianische Präsident bei der Eröffnung der allgemeinen politischen Debatte der UN-Generalversammlung den Kurs auf soziale Gerechtigkeit und eine multipolare Welt. Lula verurteilte die Einmischung Washingtons in die inneren Angelegenheiten seines Landes und erklärte: „Brasilien hat keinen Platz im Hinterhof irgendeiner Großmacht.“ Er bekräftigte die Ablehnung eines Beitritts zum Block „The shields of the Americas“ und betonte: „Wir werden den Schutz unserer Grenzen und die Gewährleistung eines Lebens ohne Angst für unsere Bürger nicht an Drittländer delegieren. Wir brauchen keine Flugzeugträger, die unsere Gewässer bewachen. Wir brauchen Zusammenarbeit, um den Strom von Waffen und Geld einzudämmen, der die organisierte Kriminalität nährt.“ Darüber führte er auch Gespräche mit der mexikanischen Präsidentin Claudia Sheinbaum, die keinen Hehl daraus macht, dass selbiger bösartige Strom aus den USA stamme.
Lula warf der UNO Kraftlosigkeit vor und sprach sich für ihre Reform aus. Dabei versäumte er nicht, daran zu erinnern, dass „die Welt an Kuba mit Entsetzen beobachte, wie 10 Millionen Menschen einer Kollektivstrafe unterworfen werden - durch ein gesetzwidriges Embargo“. Der kubanische Außenminister dankte dem brasilianischen Präsidenten für seine Verurteilung der Blockade der Insel.

Die Wahlen in Brasilien sind Angelegenheit des brasilianischen Volkes. Doch in einer miteinander vernetzten Welt betreffen sie alle. Bei diesen Wahlen stehen sich nicht nur zwei soziale und wirtschaftliche Programme gegenüber, sondern auch zwei gegensätzliche Varianten für die Beteiligung dieses riesigen Landes an den internationalen Beziehungen: Wird das Land den Weg einer multipolaren Welt weitergehen oder wird es sich dem ultrarechten Lager anschließen, das von der derzeitigen US-Regierung angeführt wird? Unsere brasilianischen Freunde sind bestrebt, alle Kräfte zu bündeln, um ihren Mitbürgern zu verdeutlichen, worum es in diesem Kampf geht.
Unmittelbar, nachdem die Ergebnisse des ersten Wahlgangs bekannt wurden, erklärte Lula: „Das Spiel fängt gerade erst an, wir befinden uns noch im Prolog. Wir werden mit voller Energie zurückkehren und über die Zukunft sprechen."

Wir wünschen unseren Freunden:
Möge eure gerechte Sache über Lüge und Angst siegen.

¡No pasarán! ¡Venceremos!